

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### Die Krise im Mittleren Osten

Die komplizierte und komplexe Situation im Nahen Osten erfordert in besonderem Maße die Vertiefung der Zeitungslektüre durch die Beachtung der gründlicheren Analysen und Berichte in Zeitschriften — zumal ja andererseits die Untersuchungen in Buchform dem Tempo der Entwicklung nicht folgen können.

„Die Nahostpolitik der Sowjets“ skizziert *Wolf Günther Contius*. (Berlin) in *Osteuropa*(9); die Arbeit ist besonders deshalb wertvoll, weil sie verschiedene sowjetrussische Erklärungen und Noten (seit November 1956) im Wortlaut festhält.

*Der neue Bund*, „Monatsschrift für Freiheit und Gemeinschaft“ (Postfach Zürich 25), widmet seine Doppelnnummer 7/8 den Mittelostproblemen, speziell dem Verhältnis zwischen Israel und den arabischen Staaten. Bemerkenswert ist das Bemühen, beide Standpunkte — den israelischen und den ägyptischen — nebeneinander zu Worte kommen zu lassen, um dem Leser selbständige Urteilsbildung zu ermöglichen.

Noch bemerkenswerter ist es, wenn das auch im Mittleren Osten selbst versucht wird. In Tel Aviv (P. O. B. 11 269) erscheint seit Juli eine reichhaltige Monatszeitschrift *New Outlook* in englischer Sprache, in der — im Dienste der Verständigung — israelische und arabische Autoren von Rang das Wort ergreifen. Die uns zugegangenen ersten beiden Hefte machen einen ausgezeichneten Eindruck und verdienen die Beachtung aller englisch lesenden Gewerkschafter der ganzen Welt.

„Gesellschaftspolitische Probleme der arabischen Völker“ behandelt *Friedrich Wilhelm Fernau*, ein guter Kenner des Nahen Ostens, in *Offene Welt* (50). Die Arbeit vermittelt einen aufschlußreichen Einblick in die Dynamik der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung der islamisch-orientalischen Gesellschaft, mit besonderer Berücksichtigung der Herausbildung einer neuen Mittelklasse in den arabischen Staaten.

„Gerechtigkeit für Israel“ fordert eine großangelegte, über drei Hefte (Mai, Juni, Juli/August) der *Schweizer Rundschau* sich erstreckende Arbeit von *Herbert Haag*. Der Verfasser gibt eine gut dokumentierte Darstellung der weltpolitischen Entwicklung, die zur Entstehung des Zionismus und zur Masseneinwanderung nach Palästina geführt hat, schildert dann den Palästina-Krieg von 1948/49, behandelt gründlich das Problem der arabischen Flüchtlinge und in einem letzten Kapitel die Ursachen und den Verlauf des Sinaifeldzuges von 1956.

Über „Illusion und Wirklichkeit des Landarbeiterkollektivs (Kibuz) in Israel“ schreibt

*Winfried Merlin* in *Frankfurter Hefte* (6). Der Verfasser, der längere Zeit einem Kibuz angehörte und jetzt als freier Schriftsteller im Ruhrgebiet lebt, ist der Ansicht, daß dieses „Kollektiv-Experiment“ gescheitert sei; seine Betrachtungsweise und seine Schlußfolgerungen dürften bei anderen Kennern des Kibuz-Systems lebhaften Widerspruch herausfordern.

„Israel zwischen Krieg und Frieden“ heißt ein Aufsatz, in dem *Karl Loewy* (Jerusalem) u. a. die Regierungsmethoden Ben Gurions, die Beziehungen Israels zu Burma, die Bindung an die USA, das Problem der Wehrsiedlungen und die Rolle der Histadruth (Gewerkschaften) in anregender Weise beleuchtet (*Die politische Meinung*, Heft 17). Zur Ergänzung sei auf einen Beitrag des gleichen Verfassers in *Die Gegenwart* (Nr. 17) verwiesen, wo er unter der Fragestellung „Europa oder Asien — Israels Orientierung“ in sehr persönlicher Weise Israel „als Bestandteil eines übernationalen Problems“ sieht und für Auflösung des Bagdadpakts plädiert, zugunsten einer Gemeinschaft freier Völker im Mittelmeerraum.

Eine Artikelserie „Israel und die Araber“ bringt die in Darmstadt erscheinende kirchliche Zeitschrift *Stimme der Gemeinde* (Nr. 14—17). Die sehr gründliche Arbeit von *Lili Simon* enthält insbesondere zur Frage der arabischen Minderheit in Israel manches wichtige Detail, das die friedlichen Bemühungen Israels gegenüber der arabischen Bevölkerung beleuchtet.

Die gegenwärtige weltpolitische und weltwirtschaftliche Bedeutung des *Suezkanals*, besonders in Verbindung mit dem Problem des Öltransports, behandelt sachkundig Prof. Dr. *Sven Heiander* (Stockholm) im *Wirtschaftschemst* des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (6); sein Schlußsatz lautet: „Die Gestaltung der friedlichen Verwendung dieser Weltverkehrsstraße ist vornehmste Aufgabe der Weltpolitik.“

### Zur Entwicklung in China

Der Zugang zum Verständnis der jüngsten Vorgänge und Entwicklungstendenzen in China wird durch die Kenntnis der chinesischen Geschichte erleichtert. Einen instruktiven Abriss über „Chinas Geschichte und Gegenwart“ veröffentlicht der *Bildungsfunktionär* des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Heft 58) aus der Feder von *Norbert Burg*. Der Verfasser charakterisiert zunächst das alte China von der Frühzeit (etwa 1450 bis 1050 vor Chr.) bis zur Neuzeit (1368—1912); ab 1912 datiert er das neue China: die erste Republik (bis 1927), die nationalistische Diktatur (bis 1945), schließlich das kommunistische China. Die Arbeit ist durch Illustrationen, Statistiken, eine Karte Chinas und Hinweise auf die wichtigste China-Literatur in deutscher Sprache ergänzt und bildet ein Material von bleibendem Wert.

„Krise in Rotchina“ signalisiert ein Aufsatz von Richard L. G. Deverall in *Freie Gewerkschaftswelt* (87). Er stellt fest, daß die nicht-kommunistischen Parteien Chinas, die Bauernschaft und Arbeiter nur für eine kurze Zeitspanne das sagen konnten, was sie dachten; seit der Frühlingssäuberung 1957 und dem Nationalen Volkskongreß der chinesischen KP (Ende Juni) hat sich „die Falle geschlossen“. Der erneute Terror ist die Parallele zur Einschränkung des Exportprogramms, zur Drosselung der Importe (Devisenmangel), zur Zurückschraubung der Industrialisierung, zum Anwachsen der Hungersnöte.

Die am Chinahandel interessierten Kreise der deutschen Wirtschaft besitzen in der Wochenschrift *Neue Politik* (Hamburg), deren Herausgeber der Chinaspezialist Wolf Schenke ist, ein kämpferisches Organ. Nr. 27 erschien als China-Heft, mit Beiträgen des früheren Bundestagsabgeordneten Hermann Schwann, des Hamburger Senators Ernst Plate u. a. Die meisten Artikel des Heftes schildern die wirtschaftliche Entwicklung Chinas sehr optimistisch.

### Das jugoslawische Experiment

Die in Zürich (Stauffacherstr. 3) erscheinende sozialdemokratische Monatsschrift *Rote Revue* widmet den Hauptteil von Heft 8 der Erfahrung, die man in Jugoslawien auf dem Gebiet der Selbstverwaltung der nationalisierten Betriebe durch die Werktätigen gemacht hat. Stanko Grozdamik, Rechtsberater der Gewerkschaft Serbiens, informiert uns über „Sieben Jahre der Entwicklung der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien“; über die Gründe, die zur Einführung dieser „Erzeugerselbstverwaltung“ veranlaßten, sagt der Verfasser u. a.:

„Obwohl die staatliche Wirtschaftsverwaltung in der ersten Nachkriegszeit unbedingt notwendig und durchaus nützlich war, trug dieses System doch ernste gesellschaftlich-politische Gefahren in sich. Diese äußerten sich in erster Linie in bürokratischen Tendenzen . . . , in einer Herabminderung der Rolle der Arbeiterklasse, in Unwirtschaftlichkeit und mangelnder Ertragsfähigkeit der Wirtschaftsunternehmen, in einer schwierigen Entwicklung der demokratischen Formen und freieren Gesellschaftsbeziehungen, in der Unmöglichkeit der zentralen Lösung so mancher wirtschaftlichen Probleme und anderem . . . So mußte ein solches System seinem Wesen nach die Initiative und Aktivität der Massen immer mehr einschränken.“

So entschloß man sich 1950 zum Gesetz über die Arbeiterselbstverwaltung, deren Mechanismus und Funktionieren der Verfasser im einzelnen schildert. Als besonders wichtig erscheint ihm, daß in den verflossenen sieben Jahren rund 600 000 Arbeiter und Angestellte, das bedeutet jeder dritte Werktätige, „durch die

Schule der Selbstverwaltung der Produzenten“ gegangen seien: „Der arbeitende Mensch wird sich immer mehr und mehr seiner Verantwortung gegenüber dem Kollektiv und der Gesellschaft bewußt; sein Vertrauen in seine Leistungsfähigkeit, seine Arbeitskraft und seine schöpferischen Möglichkeiten nehmen zu.“

Diesen Sommer haben dann die Arbeiterräte Jugoslawiens ihren ersten Kongreß durchgeführt, an dem der Schweizer Jules Humbert-Droz als Delegierter der Internationalen Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft teilgenommen hat. Dieser Kongreß, zu dem 2000 Delegierte erschienen, von denen sich 420 an der Diskussion beteiligten, brachte (so berichtet Humbert-Droz in der *Roten Revue*) die Forderungen der Arbeiterräte nach mehr Kompetenzen, nach weiterer Demokratisierung der Wirtschaft eindeutig zum Ausdruck: „In der weiteren Perspektive sehen sie sogar die Möglichkeit des Absterbens des Staates und der Schaffung einer neuen Gemeinschaft von freien werktätigen Menschen“, schreibt der schweizerische Beobachter und fügt abschließend hinzu: „Interessant ist auch, daß der Kongreß die Verwirklichung der Forderung nicht vom Staat, sondern von den Arbeiterräten selbst verlangt. Im Laufe des Kongresses hatte ich mehrmals den Eindruck, daß ich den historischen Augenblick erlebte, da das Proletariat sein Schicksal selbst in die Hände nimmt und in der Gemeinschaft der Arbeit Herr seines eigenen Lebens wird. Zweifellos ist diese Erfahrung für alle aufgeschlossenen Menschen von entscheidender Bedeutung. Dieses Experiment muß näher studiert werden. In ihm liegt nicht nur eine interessante Lehre, sondern eine große Hoffnung.“

Es ist interessant, daß ein so antikommunistischer Autor wie Otto Forst de Battaglia in einem sehr kritisch gehaltenen Artikel über Jugoslawien, der soeben in *Offene Welt* (Nr.50) erscheint, das Wirken der Arbeiterräte ähnlich positiv bewertet: „Die Einführung der Arbeiterräte als Organ der Selbstverwaltung hat . . . das Interesse der Werkangehörigen an ihrer eigenen Leistung, am Ertrag ihres Betriebes sehr gesteigert.“

*Osteuropa* veröffentlicht in Heft 9 den ersten Teil einer sehr interessanten Analyse der jugoslawischen Entwicklung seit 1950 aus der Feder von Dr. Helmut Roesler (Stuttgart): „Jugoslawien zwischen Rubel und Dollar“. Harry Schleicher (Bochum) gibt im gleichen Heft einen sehr gründlichen Bericht über den erwähnten 1. Kongreß der Arbeiterräte Jugoslawiens, wobei er besonders die grundsätzliche, auch für andere Länder gültige Bedeutung der Probleme der Arbeiterselbstverwaltung betont, vor allem als Gegengewicht zu den drohenden Gefahren des Bürokratismus und der Beherrschung der Gesellschaft durch Gruppen und Verbände.

## Die Gewerkschaften und die europäische Integration

Ähnlich wie das Oktoberheft der Gewerkschaftlichen Monatshefte ist das September/Okttoberheft der Zeitschrift *Die neue Gesellschaft* (Bielefeld) den Problemen und der Problematik der europäischen Institutionen gewidmet. In vier Aufsätzen, die sowohl durch Persönlichkeit und Funktionen ihrer Verfasser wie durch ihren Inhalt bedeutendes Gewicht haben, kommen Erwartungen und Skepsis, Anregungen und Kritik wohlabgewogen zum Ausdruck. Drei Bundestagsabgeordnete beteiligen sich an dieser Rück- und Vorschau: Dr. *Joachim Schöne*, Dr. *Gerhard Kreyszig* und *Willi Birkelbach*; das Europaparlament, die Vorarbeiten für eine europäische Sozialcharta, Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer europäischen Wirtschaftspolitik sind einige der behandelten und zur Diskussion gestellten Fragen.

Von besonderer Wichtigkeit für uns ist der vierte Aufsatz, in dem *Otto Brenner* die Stellung der Gewerkschaften zu den europäischen Institutionen (Gemeinsamer Markt, Montanunion, Euratom) ebenso subtil wie klar durchleuchtet. Gewissenhaft werden auch in diesem Beitrag die positiven und negativen Faktoren (vom Standpunkt der europäischen Arbeiter-

schaft aus) gegeneinander abgewogen; das Ergebnis, zu dem Brenner gelangt, lautet: „Das Beste aus den Gegebenheiten machen . . . Demokratische Kontrolle der Wirtschaft ist notwendiger denn je . . . Die Gewerkschaften können sich nicht mit wenigen Sitzen in einem Wirtschafts- und Sozialausschuß zufriedengeben . . . Sie halten es für selbstverständlich, daß sie nicht nur ihre Ansichten jederzeit darlegen, sondern auch in allen durch die Verträge vorgesehenen Institutionen an entscheidender Stelle mitwirken und die Richtung der Politik mitbestimmen können. Ihr Bestreben wird deshalb dahin gehen, die Gewerkschaften der verschiedenen Länder noch enger zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen und die Gewerkschaftsarbeit an allen europäischen Institutionen zielbewußt zu koordinieren, damit die gewerkschaftliche Aktivität auf dem Gebiet der europäischen Integration größere Wirksamkeit erhält.“

Das sind nur einige Hinweise auf den reichen Inhalt dieses Hefts, das ernste und breite Beachtung in unseren Kreisen verdient, zumal auch einige weitere Themen dort sehr gehaltvoll behandelt werden. Für die Tätigkeit der Gewerkschaften in den europäischen Institutionen und für eine fruchtbare, diese Tätigkeit fördernde Diskussion kann dieses Heft gute Dienste leisten.

*Dr. Walter Fabian*